

**Begleit-Brief:****Offener Appell an den Bundesrat: Transparenz zu Geoengineering statt Symptombekämpfung**

angesichts der zunehmenden Extremwetterereignisse und der aktuellen Diskussion um Klimamassnahmen wende ich mich mit einem dringenden Anliegen an Sie. Die bisherigen Massnahmen des Bundes, insbesondere das Paket von 500 Millionen Franken, wirken wie reine Symptombekämpfung und „Nudging“, während fundamentale Fragen zu möglichen Eingriffen in die Atmosphäre (Geoengineering) ungeklärt bleiben.

Im angehängten Schreiben lege ich meine Forderungen nach sofortiger Transparenz, einem Moratorium für Experimente und einer echten parlamentarischen Debatte dar. Es geht um nichts Geringeres als das Vertrauen in unsere Demokratie und die Gesundheit unserer Bevölkerung.

Ich bitte Sie dringend, den beigefügten Brief zu lesen und meine Forderungen in Ihren politischen Alltag aufzunehmen. Eine Antwort oder Stellungnahme würde ich sehr begrüssen.

Mit freundlichen, besorgten, aber bestimmten Grüssen  
CG 8580 Amriswil

**Offener Appell**

An die Mitglieder des Nationalrates, des Ständerates  
und des Bundesrates der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
Insbesondere an Herrn Bundesrat Albert Rösti und das UVEK  
Bundeshaus  
3003 Bern

**Betreff: Dringender Appell: Schluss mit Symptombekämpfung und Nudging – Offenlegung und Strategie zu Geoengineering gefordert**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Schweiz steht am Abgrund. Während wir zunehmend mit extremen Dürreperioden, verheerenden Unwettern und deren katastrophalen Folgen konfrontiert sind, reagiert die Bundesregierung unter Führung von Bundesrat Albert Rösti lediglich mit einem Tropfen auf den heissen Stein. Die angekündigten 500 Millionen Franken zur Bewältigung der Schäden sind nicht nur offensichtlich unzureichend; sie entlarven sich als das, was sie sind: reine Symptombekämpfung zur Besänftigung der Bevölkerung.

Es scheint, als setze der Bund primär auf „Nudging“ – also das sanfte Stossen der Bevölkerung in bestimmte Verhaltensweisen –, um den Anschein von Handlungsfähigkeit zu erwecken, während die eigentlichen Ursachen und die radikalen Veränderungen im Klimasystem ignoriert oder verschleiert werden.

Dieses Vorgehen ist fahrlässig. Es lenkt von der drängenden Frage ab, ob im Hintergrund bereits über weitreichendere, technologische Eingriffe in das Klima (Geoengineering) nachgedacht, verhandelt oder gar experimentiert wird – ohne demokratische Legitimation.

Wir dulden keine Politik des „Weiter so“ und keine Beruhigungsspielle in Form von unzureichenden Finanzpaketen. Ich fordere Sie daher mit Nachdruck auf:

1. Schluss mit der Symptombekämpfung: Geben Sie zu, dass die aktuellen Massnahmen und die 500 Millionen Franken die Probleme nicht lösen werden. Legen Sie stattdessen einen ehrlichen, umfassenden Plan vor, der über reine Schadensbegrenzung hinausgeht.

2. Transparenz zu Geoengineering: Legen Sie offen, ob die Schweiz an internationalen Geoengineering-Experimenten (Solar Radiation Management, Cloud Seeding, etc.) beteiligt ist oder solche plant. Das Volk hat ein Recht zu wissen, ob in unsere Atmosphäre eingegriffen wird, während man uns zu Hause mit Appellen zum Wassersparen abspeist.
3. Kein Nudging, sondern Entscheidung: Hören Sie auf, die Bevölkerung durch subtilen Druck („Nudging“) zu manipulieren. Treten Sie mit der Wahrheit heraus und führen Sie eine offene, parlamentarische Debatte über alle Optionen – einschliesslich der ethischen und Risiken von Geoengineering.
4. Moratorium und Prüfung: Verhängen Sie ein sofortiges Moratorium für alle nicht genehmigten klimatischen Eingriffe, bis eine unabhängige Kommission die Risiken bewertet und das Parlament sowie das Volk entschieden haben.

Die Zeit für halbe Wahrheiten und kosmetische Korrekturen ist vorbei. Wenn der Bundesrat weiterhin nur Symptome bekämpft und gleichzeitig im Verborgenen möglicherweise über radikale Eingriffe in das Erdklima entscheidet, untergräbt er das Vertrauen in die Demokratie und gefährdet die Zukunft unseres Landes.

Wir erwarten von Ihnen als gewählte Vertreter, dass Sie diese Aufforderung ernst nehmen und nicht weiter auf Zeit spielen. Die 500 Millionen sind kein Lösungsansatz, sondern ein Armutszeugnis, wenn sie nicht in eine ehrliche Strategie und totale Transparenz eingebettet werden.

Mit besorgten, aber bestimmten Grüßen,  
Claudio Graf